

Freitag, 14. März 2008, Plenarprotokoll 16/152

Rede von Klaus-Peter Flosbach:

Wir schaffen es, die soziale Absicherung im Rahmen eines schlüssigen Gesamtkonzepts langfristig zu gewährleisten

Rede zur gesetzlichen und privaten Rentenversicherung

24.a) Beratung Antrag DIE LINKE.

Riester-Rente auf den Prüfstand stellen

- Drs 16/8495 -

b) Beratung BeschlEmpf u Ber Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung zum Antrag Fraktion DIE LINKE.

Wiedereinführung der Lebensstandardsicherung in der gesetzlichen Rente

- Drs 16/5903, 16/6921

Frau Präsidentin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Damit hatte die Linke nicht gerechnet, dass zahlreiche Kollegen die OECD-Studie gelesen haben.

(Lachen bei der LINKEN)

Frau Schewe-Gerigk und Herr Amann haben es eben deutlich gemacht. In der Tat, Sie haben einige Sätze zitiert, die durchaus richtig sind und die auch auf Gefahren hinweisen. Ein zentraler Punkt ist, dass dort festgestellt wurde, dass hier in Deutschland gerade im Bereich der Altersvorsorge angemessene Antworten auf die demografischen und gesellschaftlichen Herausforderungen gefunden worden sind, und zwar in besonderer Weise für die Geringverdiener. Da Sie das bewusst getan haben, kann man das nur als eine sehr unseriöse Beweisführung darstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Am 23. Januar dieses Jahres hat Herr Staatssekretär Thönnies in der Fragestunde zu all diesen Themenbereichen umfassend Stellung genommen. Dennoch haben Sie heute Ihren Antrag wieder vorgelegt und die Erkenntnisse der Studie nicht dargestellt.

Wenn es um die Altersvorsorge geht, muss man auch an das Vertrauen der Bürger in die **Langfristigkeit** der Einrichtungen denken. Gerade in dieser Woche gab es ja

Diskussionen über einige neue Beiräte, die sich gegründet haben und die bei der Politik angemahnt haben, langfristig zu denken. Aber ist Ihnen auch aufgefallen, dass Langfristigkeit gerade im Bereich der Altersvorsorge nicht angemahnt wurde? Die Koalitionsfraktionen und die Regierung haben sich nämlich dieses Themas angenommen und die langfristige Perspektive der Altersvorsorge in den Vordergrund gestellt.

Gerade bei dem Thema der Altersversorgung haben wir eine sehr große Übereinstimmung zwischen den beiden Regierungsfractionen. Selbstverständlich gibt es eine Reihe von Problemen, die ich auch nicht verheimlichen will: die unterbrochenen Erwerbsbiografien, die Teilzeitbeschäftigungen, die Arbeitslosigkeit. Aber wir müssen uns auch in besonderer Weise der Bevölkerungsentwicklung, der **demografischen Entwicklung** stellen. In Deutschland gibt es bereits heute 21 Millionen über 60-jährige Menschen. Wir wissen, dass es im Jahre 2020 25 Millionen sein werden und im Jahre 2030 30 Millionen. Heute leben in Deutschland etwas über 20 Millionen Rentner in den verschiedenen Formen der Rente. Im Jahre 2030 werden es über 30 Millionen Rentner sein. Angesichts dessen kann man doch nicht in einem Antrag fordern, die Rentenversicherungsbeiträge auf 28 Prozent zu erhöhen; denn das zerstört Arbeitsplätze und ist darüber hinaus ein Anschlag auf die junge Generation.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen für die Altersversorgung ein differenziertes Konzept. Wir haben es in Deutschland geschafft, solche Altersvorsorgekonzepte für die verschiedenen Gruppen zu entwickeln. Selbstverständlich wird die gesetzliche Rentenversicherung weiterhin die Basis sein. Sie ist die stärkste Säule für jeden Einzelnen.

Aber wenn wir hier über dieses Thema diskutieren, müssen wir zunächst einmal die breiten Schichten der Bevölkerung in den Blick nehmen und nicht nur die Hartz-IV-Empfänger oder das Thema der Grundsicherung; darauf komme ich gleich noch. Die breiten Schichten der Bevölkerung brauchen ein auskömmliches Einkommen im Alter, und es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen. Sie wissen, dass wir gut 200 Milliarden Euro für die Altersversorgung ausgeben. Aber bereits heute gibt es einen Zuschuss in Höhe von fast 80 Milliarden Euro aus Steuergeldern aus dem Bundeshaushalt. Das heißt, etwa 30 Prozent der gesamten Staatsausgaben sind ein pauschaler Zuschuss an die Rentenversicherung.

Dennoch reicht das für viele nicht aus, um ein auskömmliches Einkommen zu erzielen. Heute muss man bei einem durchschnittlichen Einkommen etwa 25 Jahre in die Rentenversicherung einzahlen, um die Grundsicherung zu erlangen. Deswegen gibt es neben der gesetzlichen Rentenversicherung verschiedene Säulen, beispielsweise fünf verschiedene Wege der **betrieblichen Altersvorsorge**. Ich glaube, wir müssen sogar noch einen sechsten Weg gehen und eine Diskussion über das meines Erachtens wichtige Thema der Lebensarbeitszeitkonten führen. Das heißt, jemand, der einen Vorrat an geleisteter Arbeit geschaffen hat, kann möglicherweise früher in Rente gehen oder Zeiten der Arbeitslosigkeit kompensieren.

Es gibt fünf verschiedene Wege der betrieblichen Altersvorsorge, zum Beispiel Wege für große Unternehmen. Ich denke an Pensionskassen, an Pensionsfonds, aber auch an betriebliche Direktzusagen. Es gibt viele Betriebe, die nur einen Arbeitsvertrag unterschreiben, wenn er mit einer betrieblichen Altersversorgung verbunden ist. Ich denke, das ist der richtige Weg. Im Finanzausschuss und im Plenum haben wir die neunte Novelle des Versicherungsaufsichtsgesetzes behandelt. Hier haben wir neue Möglichkeiten für Arbeitnehmer geschaffen, über Pensionsfonds eine sichere Altersvorsorge zu erreichen.

Ein sehr wichtiger Weg ist auch der Beschluss dieser Koalition, die sogenannte **Entgeltumwandlung** nicht mehr mit Beiträgen für die Sozialversicherung zu belasten, übrigens eine Forderung, die die Union auch im Rahmen des Alterseinkünftegesetzes erhoben hat. Ich bin froh, dass wir das umgesetzt haben; denn damit kann der einzelne Arbeitnehmer Beiträge in eine Altersvorsorge einzahlen. Er muss hierauf keine Steuern und keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen, und die Erträge können steuerfrei angesammelt werden. Für diesen Fall gibt es eine nachgelagerte Besteuerung. Ich denke, das ist genau der richtige Weg, um langfristig Vertrauen und Sicherheit in der Altersversorgung zu schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein richtiger Weg ist auch, die gesetzliche Rentenversicherung durch die **Riester-Rente** zu ergänzen. Nachdem einige Korrekturen durchgeführt worden sind, muss man sagen, dass das Ergebnis hervorragend ist. Nach 25 Jahren hat ein Durchschnittsverdiener Ansprüche in Höhe der Grundsicherung erworben. Hat er zusätzlich eine Riester-Rente abgeschlossen, braucht er dazu nur 20 Jahre.

(Jörg Rohde [FDP]: Was ist aber mit den Geringverdienern?)

Wenn die Linke behauptet, für die Geringverdiener würde sich die Riester-Rente nicht lohnen, weil sie ja eh die Grundsicherung erhielten, dann kann ich nur fragen: Ist Ihnen bewusst, welches Menschenbild und welchen Ausblick auf die Zukunft Sie damit den Menschen vermitteln? Wollen Sie jungen Leuten wirklich sagen, dass ihre Karriere in Hartz IV besteht oder später in der Grundsicherung und dass man keine eigenen Leistungen erbringen muss, um später ein auskömmliches Einkommen zu erhalten? Das ist der völlig falsche Weg. Das stimmt nicht mit unserem Menschenbild überein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Umgekehrt wird ein Schuh daraus! – Zuruf von der LINKEN)

– Wir stehen zur Grundsicherung. Es handelt sich dabei um eine steuerfinanzierte Fürsorgeleistung, die erhalten werden sollte.

(Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: So ist es!)

Aber sie sollte nur dann gewährt werden, wenn der Einzelne sie wirklich braucht.

Die Riester-Rente ist eine Erfolgsgeschichte. Wie der Kollege Weiß bereits sagte, gibt es über 11 Millionen abgeschlossene Verträge. Bereits mit 5 Euro ist man dabei. Die Förderung beträgt bis zu 90 Prozent. In der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift *Finanztest* werden Beispiele vorgestellt. Eine Alleinerziehende mit einem Kind und einem Verdienst von 1 000 Euro im Monat, die monatlich eine Eigenleistung von 11,75 Euro erbringt, erhält einen monatlichen Zuschuss von 28 Euro. Das ergibt später eine Rente von circa 130 Euro im Monat, also das Zehnfache des Eigenbetrages.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wichtig ist auch, dass die Riester-Rente Hartz-IV-geschützt ist. Das Geld, das auf diese Weise angespart wird, kann nicht genommen werden.

(Jörg Rohde [FDP]: Erst wenn man älter ist!)

Wir haben dies auch für Selbstständige so geregelt, indem wir die Insolvenzversicherung durchgesetzt haben. Das sind wichtige Bausteine. Wir werden natürlich darüber diskutieren müssen, ob diese Maßnahmen ausreichen oder ob wir die Höhe des Schonvermögens anders regeln müssen. Der jetzige Stand ist auf jeden Fall ein gutes Fundament.

Das Wichtigste für die Altersversorgung ist natürlich, dass wir eine gut funktionierende Wirtschaft haben und dass es qualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland gibt. Diese Koalition kann für sich in Anspruch nehmen, dass es ihr gemeinsam mit der Wirtschaft gelungen ist – die gute Weltkonjunktur will ich dabei nicht außer Acht lassen –, innerhalb kürzester Zeit über 1 Million neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die höheren Beitragseinnahmen sorgen dafür, dass die Finanzierung der Rente gesichert ist.

Ich komme zum Schluss. Die Union hat gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner ein langfristiges Konzept vorgelegt. Wir schaffen es, die soziale Absicherung im Rahmen eines schlüssigen Gesamtkonzepts langfristig zu gewährleisten. Ich denke, die Altersversorgung ist bei uns in guten Händen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)